

Bundesnetzagentur ermittelt gegen eine Dunkelflaute

geschrieben von Admin | 20. Februar 2025

„Dunkelflaute“ hat wie „Blitzkrieg“ oder „Kindergarten“ den Weg in den englischen Sprachraum geschafft. In anderen Sprachen ist der Begriff überflüssig, weil Windstille bei Dunkelheit etwas mit Wetter, aber wenig mit Energieversorgung zu tun hat. Das ist im Energiewende-Wunderland anders und auf typisch deutsche Art können die Folgen ihres Eintretens zur Suche nach Schuldigen führen.

von Frank Hennig

Diese Überschrift ist irreführend. Natürlich ermittelt niemand gegen eine Windstille bei Dunkelheit, aber zu den Folgen des Ereignisses schon. Hin und wieder erschweren die Mächte der Finsternis und des Wetters den durchschlagenden Erfolg der deutschnationalen Energiewende. Neben den drei bisherigen Dunkelflauten um den 6. November, den 12. Dezember und den 27. Dezember 2024 halten windschwache Zeiten im Januar und Februar 2025 an.

„Windkraftbetreiber schlittern in die Krise“, titelt *finazmarktwelt.de* am 2. Februar. Der Wettergott nimmt an der Rundumsubventionierung dieser Technologie eben nicht teil. Von Jahresbeginn bis Mitte Februar verringerte sich die Windstromproduktion um etwa 28 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Wie man überhaupt auf den Gedanken kommen kann, einer oftmals versagenden Stromproduktion aus diesen Zufallsenergieanlagen eine Rolle bei der „nationalen Sicherheit“ oder des „öffentlichen Interesses“ zuzuschreiben, ist auf rationaler Grundlage nicht erklärbar. Es ist nur dann erklärbar, wenn man berücksichtigt, dass die Windlobby in Gestalt der Grünen in der bisherigen Regierung saß.

Parallel zu den Nichtwind- und Schwachwindzeiten reagierten die Preise im Großhandel. Am Spotmarkt wurden Spitzenwerte am 11. Dezember, 17 Uhr, von 1.158 Euro pro Megawattstunde (€/MWh) und am 12. Dezember um 9 Uhr von 990 €/MWh erreicht. Im Intraday-Handel (für den Folgetag) waren 936 €/MWh der Höchstwert. Das sind 93,6 Cent pro Kilowattstunde, etwa das Dreifache des Haushaltsstrompreises, allerdings noch vor Steuern, Abgaben und Netzentgelten. Erhebliche Importmengen in Richtung von 20 Gigawatt trieben überall in Europa die Preise, was zu bösen Kommentaren insbesondere aus Schweden und Norwegen führte, wo darüber sogar die Regierungskoalition zerbrach.

Es mag in der grün geführten Bundesnetzagentur (BNA) unvorstellbar sein, dass es trotz kluger und weiser Führung durch den Großen Robert zu solchen Verwerfungen kommen kann. Zeitgleich war eine größere Zahl

deutscher konventioneller Kraftwerke nicht am Netz, was die Möglichkeit eröffnet, Schuldige zu suchen. Gern zum Ziel werden dann Großkonzerne, Kohlebarone und fossile Dinosaurier. Die Atommafia ließ sich schlecht heranziehen, sie war ja schon eliminiert und was die Fossilen betrifft, läuft deren Abschaltung auf gesetzlicher Basis weiter in der Überzeugung, dass wir sie künftig ohnehin nicht mehr brauchen würden.

Also kündigte der grüne BNA-Präsident Klaus Müller Untersuchungen an, ob Marktmanipulationen der Kraftwerksbetreiber die Ursache für die hohen Preise um den 12. Dezember gewesen sein könnten. Sie hätten durch das Zurückhalten von Kapazitäten den Preis womöglich weiter treiben wollen.

Acht Wochen später liegt noch kein Untersuchungsergebnis vor. Auf Presseanfrage antwortet die Behörde, dass die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien, die öffentlich zugänglichen Daten enthielten „Unschärfen“.

Andere sind etwas fixer. Bereits zwei Tage nach dieser Dunkelflauge hatte Stefan Spiegelsberger von „Outdoor Chiemgau“, Energiejournalist und Risikoberater, die nicht verfügbaren Kraftwerke inklusive der Ursachen ermittelt. Sehenswert dazu sein Video, ab Minute 8 wird auch die nichtverfügbare Kraftwerksleistung von 14,27 Gigawatt erklärt.

Dazu kommt ein Strickfehler im System. Insgesamt durften etwa 13 Gigawatt Kraftwerksleistung aus der Kapazitäts- und Netzreserve und an „Besonderen netztechnischen Betriebsmitteln“ nicht eingesetzt werden, denn sie gelten als Notreserve und werden durch die Netzbetreiber nur eingesetzt, wenn Gefahr für die Sicherheit des Netzes besteht. Das war in den Dunkelflauten nicht der Fall. Ergebnis ist, dass diese Kraftwerke nicht am Markt teilnehmen durften, obwohl sie stark preissenkend gewirkt hätten.

Die hohe Zahl nichtverfügbarer Kraftwerke wird nicht sinken. Alle Kohlekraftwerke haben einen Stilllegungstermin, entsprechend sind die Instandhaltungsstrategien auf diesen Zeitpunkt ausgerichtet. Das heißt, die Reparaturen werden auf das Nötigste beschränkt, investiert wird nicht mehr und ein höheres Störungsrisiko wird in Kauf genommen. Im Vergleich zum Halter eines Autos: Würde eine Behörde die Stilllegung im übernächsten Jahr verfügen, ließe der den letzten Ölwechsel, die neuen Wischerblätter und den eigentlich nötigen Wechsel der Zündkerzen auch ausfallen.

Erzeugt man den Strom volatil, dann hat man zu wenig oder zu viel, jedenfalls keine bedarfsgerechten Lieferungen. Die Dunkelflauten treiben die Preise, beeinträchtigten aber (noch) nicht die Netzsicherheit. Eine ordentliche Hellbrise im kommenden Sommer kann sich durch die eingeschränkte Regelfähigkeit zu einem größeren und fulminanten Problem entwickeln. Der Präsident der BNA ist von dieser Sorge getrieben. Notfallmaßnahmen seien nicht auszuschließen, er befürchtet technischen und finanziellen Stress. Die Behörde bemühe sich, der Politik den Ernst

der Lage zu vermitteln. Mehr Kritik an seinen grünen Genossen ist von ihm nicht zu hören.

Wir dürfen gespannt sein, wo man die Schuldigen nach Problemen mit den Mächten gleißenden Lichts suchen wird.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier